

Kommentar

Feindschaft statt Versöhnung

Ja, das Wahlgesetz lässt es zu, dass ein Bürgermeister als Stadtverordneter bei Kommunalwahlen antritt. Sollte er ein Mandat annehmen, müsste er dann auf den Job an der Verwaltungsspitze verzichten. Rheinbergs Rathaus-Chef Frank-Rudi Schwochow (BVB/Freie Wähler) gibt offen zu, dass er gar nicht vor hat, das Mandat, für das er antritt, annehmen zu wollen. Er möchte lediglich viele Stimmen für seine Partei holen, damit diese nach Möglichkeit die meisten Sitze im Stadtparlament bekommt. Das ist aus machtpolitischer Sicht nachvollziehbar. Es ist aber auch ein Trick. Nicht nur, dass das Demokratieverständnis der Wähler damit mit Füßen getreten wird. Es ist auch ein billiger Weg, sich der politischen Gegner zu entledigen. An dem tiefen Graben zwischen sich und der Mehrheit der Stadtverordneten trägt Schwochow aufgrund seiner oft polemischen Art und seiner Tendenz, Feindbilder zu erzeugen, eine nicht unerhebliche Mitschuld. Er hat die Chance verpasst, nach seiner Wahl zum Bürgermeister Gräben zuzuschütten. Egal ob er künftig eine Mehrheit hinter sich hat oder nicht: die Kluft zu den anderen Fraktionen dürfte durch die Trickereien nicht kleiner werden.

Brian

Kehnscherper